



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 18. Oktober 2019

Budget 2020, Finanzplan 2021-2022, Investitionsplan 2021-2024 sowie Jahresziele 2020; Mitbericht der Kommission FGS

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales hat an der Sitzung vom 18. Oktober 2018, in Anwesenheit von Gesundheits- und Sozialdirektorin Michele Blöchli, Finanzdirektor Alfred Bossard, Finanzverwalter Marco Hofmann sowie Direktionssekretär Andreas Scheuber, das Budget 2020, den Finanzplan 2021-2022, den Investitionsplan 2021-2024 sowie die Jahresziele 2020 beraten. Die Kommission beschränkte sich auf die Bereiche der Gesundheits- und Sozialdirektion sowie der Finanzdirektion. Die finanzpolitische Beurteilung der Unterlagen in ihrer Gesamtheit fällt in die Zuständigkeit der Finanzkommission. Gestützt auf Art. 23b des Landratsgesetzes gibt die Kommission folgenden Mitbericht ab.

Die Kommission FGS nimmt das Budget zur Kenntnis und unterstützt grundsätzlich die vom Regierungsrat festgelegten Zielsetzungen. Die einzelnen Positionen der Finanzdirektion sowie der Gesundheits- und Sozialdirektion sind nachvollziehbar und begründet.

Bezüglich den beantragten Budgetpositionen wurden verschiedene Detailfragen gestellt. Im Bereich der Finanzdirektion wurde eingangs die beantragte Leistungsauftragserweiterung diskutiert und die Kommission kam zum Schluss, dass die FGS das Budget der Finanzdirektion nur unter Ausschluss der nicht die Gesundheits- und Sozialdirektion oder die Finanzdirektion betreffenden Leistungsauftragserweiterungen behandeln könne.

Weiter wurde auch die Lohnerhöhung für die kantonale Verwaltung kritisch diskutiert. Insbesondere wurde hinterfragt, wie eine Lohnerhöhung im Umfang von 0.6% für die kantonale Verwaltung (ohne Anteil Planungsgewinn) gerechtfertigt sein soll, wenn doch im Moment die Teuerung vernachlässigt werden kann und die Lebenshaltungskosten (insbesondere die Mieten) eher rückläufig sind. Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass die vorgesehene Lohnsummenanpassung um 0.6% keine generelle Lohnerhöhung sei und insbesondere auch kein Teuerungsausgleich ausgerichtet werden soll. Die Erhöhung der Lohnsumme werde bei langjährigen Mitarbeitern, die eine sehr gute Leistung erbringen, dazu verwendet, um Lohnanpassungen an das Marktumfeld vorzunehmen. Als Vergleichsgrösse werden ähnlich strukturierte Verwaltungen herangezogen. Die Kommission stimmt der Lohnsummenanpassung um 0.6% mit 6 : 0 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung wurde die Kostenübernahme im Zusammenhang mit Zahlungsausfällen (Verlustscheine für KVG-Prämien) und die daraus folgende Budgetposition kritisch diskutiert. Es wird als unbefriedigend empfunden, dass die Kantone aufgrund bundesrechtlicher Bestimmungen den Krankenversicherern 85% der Verlustscheinsumme entschädigen müssen, aber keine Möglichkeit haben, diese Forderung selber bei den Schuldnern einzutreiben (Verlustschein verbleibt bei den Versicherern). Die Kommission nimmt aber zur Kenntnis, dass dieses System bundesrechtlich vorgesehen ist. Zudem verpflichtet sich der Versicherer in diesem System gegenüber dem säumigen Versicherten im Krankheitsfall weiterhin die volle Versicherungsdeckung zu bieten. Ansonsten wären diese Krankheitskosten durch die Gemeinden oder den Kanton zu übernehmen.

Die Kommission FGS beantragt mit 7 : 0 Stimmen (bei 2 Enthaltung), dem Budget 2020 (Bereich Finanzdirektion; exklusive der nicht die GSD oder FD betreffenden Leistungsauftragserweiterungen) dem Finanzplan 2021 - 2022 und dem Investitionsplan 2021 - 2024 zuzustimmen.

Die Kommission FGS beantragt mit 9 : 0 Stimmen (bei keiner Enthaltung), dem Budget 2020 (Bereich Gesundheits- und Sozialdirektion), dem Finanzplan 2021 - 2022 und dem Investitionsplan 2021 - 2024 zuzustimmen.

Abschliessend nimmt die Kommission die Jahresziele 2019 einstimmig zur Kenntnis.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN, GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS

Ruedi Waser
Präsident

lic. iur. Christof Würsch
Kommissionssekretär